

KLIMA FREUNDE Köln
WAHLPROGRAMM

Zur Kommunalwahl 2020



**KÖLN BRAUCHT FREUNDE
KLIMA FREUNDE**

Inhaltsverzeichnis

Konsequenter Klimaschutz - Köln wird klimaneutral bis 2030	3
Köln gemeinsam gestalten	5
Gutes Leben ist für alle bezahlbar und zugänglich	8
Mobilität grundsätzlich neu denken	15
Diversität und vielfältige Kultur fördern, fordern und feiern	20
Konsumfreie und grüne Räume für Begegnung und Spaß	23
Wirtschaften zum Wohle aller	25
Nachhaltige und sanfte Digitalisierung	28
Köln von Müll und Verschwendung befreien	32
Zukunftsfähige Bildung in einer Stadt, die allen Kindern gerecht wird	35
Nachhaltige Stadtentwicklung zum Wohle aller	38

Unsere Vision für Köln

Wir haben kein klassisches Programm voller “Lösungen”, sondern versuchen ausgehend davon wie wir die aktuelle Problematik zu verschiedenen Themen einschätzen, Ziele und Ansätze für Lösungen zu zeigen. Im Kern geht es uns auch darum Politik mehr aus einem umfassenden Verständnis der Probleme heraus zu gestalten, als DIE Lösung zu allen Problemen vorzugeben. Wir leben “UNITE BEHIND THE SCIENCE” das heißt es ist uns wichtig die relevanten Problemen ganzheitlich zu betrachten und diese gemeinsam mit Experten und Einwohnern so zu lösen, das Rebound-Effekte minimiert werden. Das heißt dieses “Programm” wird fortlaufend verbessert, um über die 5 Jahre der nächsten Ratsperiode hinweg, auf veränderte Situationen zu reagieren.

Konsequenter Klimaschutz - Köln wird klimaneutral bis 2030

Vision

Untätigkeit trotz Klimanotstand in Köln: Artensterben, Dürrefrühling, Rekordtemperaturen, ausgetrocknete Parks, sterbende Stadtbäume. Wir setzen endlich um, was die Wissenschaft seit Jahrzehnten fordert. Für uns hat der Klimaschutz höchste Priorität bei allen Entscheidungen der Stadt.

Aktuelle Problematik

- Statt sich an wissenschaftlichen Fakten zu orientieren, gibt die Stadt wirtschaftlichen Interessen oftmals den Vorrang.
- Die aktuellen Bemühungen der Stadt Köln zum Thema Klimaschutz reichen bei weitem nicht aus, um die selbstgesteckten Ziele zu erreichen.
- Global droht eine Klimakatastrophe ungeheuren Ausmaßes, die weite Teile der Erde unbewohnbar machen wird.

Ziele

- Die RheinEnergie stellt bis 2030 klimaneutral Strom bereit.
 - Heizkraftwerk Merkenich bis spätestens 2025 durch umweltfreundliche Alternative ersetzen
 - Gas- und Dampfkraftwerke der RheinEnergie bis 2030 umstellen auf Biogas oder Wasserstoff (gewonnen aus Windstrom- und Solarüberschüssen)
 - Strom aus erneuerbaren Anlagen zukaufen
- Wir erreichen eine klimaneutrale Wärmeversorgung bis 2030.
 - Wärmeversorgung städtischer Gebäude auf klimaneutrale Alternativen umstellen
 - gezielte Fördermaßnahmen für Bestandsgebäude zur Umstellung auf klimaneutrale Wärmeversorgung
 - Verpflichtung zu klimaneutraler Wärmeversorgung (z.B. Erdwärme, Solarthermie) von Neubauten über Bebauungspläne
 - energetische Sanierung der Bestandsgebäude mittels Zuschüssen fördern
 - Ausbau des Fernwärmenetzes, so dass auch erneuerbare Energiequellen eingebunden werden können, mit einem Maximalwert von 80°C (zum Vergleich: derzeit bis zu 125°C)
 - Fernwärmeproduktion verstärkt auf die Nutzung von Abwärme (Stichwort: Industrie) und erneuerbaren Energien ausrichten
- Alle Flächen, die Photovoltaiknutzung erlauben, sollen genutzt werden.
 - alle städtischen Dächer kurzfristig mit Photovoltaik ausrüsten
 - städtische Flächen (z.B. Kalkberg) auf Photovoltaik-Tauglichkeit prüfen
 - Photovoltaikpflicht auf allen Dächern von Neubauten über Bebauungspläne festschreiben
 - gezielte Fördermaßnahmen für Bestandsgebäude zur Photovoltaik-Nachrüstung
 - Förderung von Bürger*innensolarmodellen und

Energiegenossenschaften

- genehmigungsfreie Balkonsolaranlagen, die nicht vom Vermieter verboten werden dürfen
- Die Stadt kauft Flächen für Windenergieanlagen (ggf. Verpachtung an Energiegenossenschaften oder an die RheinEnergie).
- Es wird eine konsequente Aufklärung über Energiesparmaßnahmen etabliert.
 - z.B. über städtische Bildungsprogramme
- Informationen über vorhandene Fördermaßnahmen werden breit gestreut.
- Der Klimabeirat der Stadt Köln wird transparent besetzt.
- Die Ausgestaltung aller Maßnahmen folgt den Erkenntnissen der Wissenschaften: Unite behind the Science!
- Wir denken Mobilität neu. (Link zu 3)
- Wir wollen Wirtschaften zum Wohle aller. (Link zu 4)
- Wir schaffen die Ressourcenwende und befreien Köln von Müll und Verschwendung. (Link zu 7)
- Wir erhalten und erschaffen Grünflächen als CO₂-Speicher. (Link zu 9)
- Wir sorgen für eine klimagerechte Stadtentwicklung und Bauen zum Wohle aller. (Link zu 10)

- Wir fördern eine klimaneutrale Ernährung. (Link zu Unterpunkt Ernährung in Punkt 8)
- Wir unterstützen die Forderungen der Klimawende Köln (Link) und der Scientists for Future. (Link)

Köln gemeinsam gestalten

Vision

Die Stadt gehört allen, die darin wohnen. Mehrheiten wie Minderheiten, Lauten wie Leisen, Kindern wie Erwachsenen – alle machen mit. Dazu entwickeln wir neue Regeln

und neue Beteiligungsverfahren. Wir denken Politik neu. Es ist höchste Zeit!

Aktuelle Problematik

- Entscheidungsprozesse sind nicht transparent; unübersichtliche Internetpräsenzen erschweren den Zugang zu Informationen.
- Bezüglich Alter, Geschlecht & Diversität ist die Zusammensetzung der Gremien nicht repräsentativ für die Kölner Bevölkerung.
- Unzureichende Beteiligungsmöglichkeiten haben eine große Politikverdrossenheit zur Folge.

Ziele

- Wir machen die Kölner Stadtpolitik transparenter.
 - ein vollständig transparenter Haushalt, einsehbar für alle
 - Informationen zu städtischen Auftragsvergaben jederzeit einsehbar
 - Offenlegung von Nebeneinkünften und Unternehmensbeteiligungen der Mandatsträger*innen
 - politische Kommunikation der gewählten Vertreter*innen einsehbar
 - Rats-TV leicht zugänglich abrufbar und ausgeweitet auf die Bezirksvertretungen
 - Aufzeichnung der Ratssitzungen mindestens 7 Tage lang online zugänglich
 - Wir erleichtern den Zugang zu aktuellen politischen Informationen.
 - Internetpräsenzen der Stadt Köln gemeinsam mit Einwohner*innen anhand ihrer Bedürfnisse entwickeln
 - Informationen in diversen Sprachen anbieten
- Die Gremien der Stadt sollen die Kölner Bevölkerung angemessener repräsentieren.
 - Vorrang für Frauen* und People of Colour bei Besetzung der Ausschüsse bis zum Erreichen des relativen Anteils in der Kölner Bevölkerung

- Wir schaffen niederschwellige Möglichkeiten zur Bürger*innenbeteiligung, die auch Jugendliche miteinbeziehen.
 - Einwohner*innenbefragungen zu wichtigen Thematiken und Projekten der Stadt
 - besonders wichtig bei kontroversen Themen wie dem Ost-West-Tunnel oder der Bebauung der Gleueler Wiese
 - Einrichtung von Bürger*innenräten per Losverfahren
 - Elemente der aleatorischen Demokratie etablieren, um eine echte Repräsentanz der Bevölkerung zu erreichen
 - siehe Bürgerdialog in Ostbelgien (Link)
 - festes Bürger*innenbudget mit einfach zugänglichen Vorschlags- und Abstimmungsmöglichkeiten
 - siehe Paris und Potsdam
 - digitale Plattform zur Partizipation
 - Barcelona Modell für partizipative Demokratie mit der Internetplattform Decidem.
 - Stadt hat sich per Gesetz dazu verpflichtet, ab einem bestimmten Budget beziehungsweise Proporz Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen zu beteiligen.
 - Dreiviertel des Kommunalprogramms stammt von den Bürgerinnen und Bürgern selbst.
 - 8.500 der 10.000 vorgeschlagenen Initiativen wurden angenommen – und bisher zu 90 Prozent umgesetzt (z.B. städtisches Beerdigungsinstitut, oder kostenlose städtische Info-Hotline)
 - Für Bürgernähe soll auch der in einer allgemein verständlichen Sprache erläuterte Haushalt sorgen – und ein Transparenzbriefkasten, um gegen Korruption vorzugehen.
- Wir stärken die Bezirksvertretungen.
 - Haushalte der Bezirksvertretungen erhöhen

- Befugnisse der Bezirksvertretungen ausweiten
- Wir richten Bearbeitung und Umsetzung von Anträgen nach aktuellen Bedürfnissen und Problematiken aus.
 - Priorisierung der Anträge im Konsent nach Dringlichkeit und Wichtigkeit (nicht nach First-in-first-out Prinzip)
 - bisherige Antrags- und Beschlussstapel neu priorisieren, um beispielsweise den beschlossenen Klimanotstand einzubeziehen
- Heidelberger Modell:
 - Vorhabenliste: Informationen über wichtige Projekte und Planungen der Stadt, veröffentlicht im Internet und in den Bürgerämtern, forlaufend aktualisiert
 - Bürgerbeteiligung kann von sechs verschiedenen Initiatoren ausgehen: Bürger*innen (1.000 Unterschriften), Bezirksbeiräten, aus dem Gemeinderat selbst, vom Jugendgemeinderat, dem Ausländer- und Migrationsrat oder vom Oberbürgermeister.
 - Vor der Bürgerbeteiligung wird ein Beteiligungskonzept entwickelt. Es enthält Methoden, Zeitplan und Kosten. Ziel einer Bürgerbeteiligung ist es, Anregungen und Empfehlungen für das jeweilige Vorhaben zu erarbeiten. In der Sache entscheidet der Gemeinderat. In seine Beratung und Entscheidung bezieht er die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung ein.

Gutes Leben ist für alle bezahlbar und zugänglich

Vision

Schönes Wohnen, heimnahe grüne Freizeitgestaltung, gesundheitsförderliche und klimaschützende Ernährung sowie emissionsfreie Mobilität sind für alle und überall gut zugänglich und erschwinglich. Wir lassen keinen zurück!

Aktuelle Problematik

- Die Lebensqualität der Menschen in der Stadt ist zu stark abhängig von ihrem sozialen und finanziellen Stand.
- Eine gesunde und nachhaltige Ernährung ist nicht für alle Bürger*innen möglich und bezahlbar.
- Das Auseinanderdriften der Stadtgesellschaft steht dem guten Leben entgegen - darunter leiden die Wertschätzung der Gemeinschaft und die Berücksichtigung der Bedürfnisse aller.

Ziele und Maßnahmen

- Der Zugang zu gesundheitsförderlichen, klimafreundlichen und preisgünstigen Lebensmitteln, darf - besonders für Kinder und Jugendliche - nicht vom sozialen und ökonomischen Hintergrund abhängen.
 - gesundheitsförderliche, klimafreundliche und pflanzliche Vollwertkost in allen öffentlichen Einrichtungen, Mensen, Schulen und Kindertagesstätten
 - für alle Kinder der Stadt ein kostenfreies vollwertiges pflanzliches Mittagsgesicht in der Schule
 - siehe Berlin
 - Förderprogramme für Bildung im Bereich nachhaltiger Ernährung stärken und fördern
 - Schaffung von Begegnungen des gemeinsamen Kochens durch dezentrale Schulungsorte
 - (digitale) Tools mit dem Ziel der Auseinandersetzung mit Ernährungsfragen
 - Unterstützung der Arbeit des Ernährungsrats Köln
 - Initiativen fördern, die eine bezahlbare gesundheitsförderliche und klimafreundliche pflanzliche Kost anstreben
 - zur kostensparenden Beschaffung von Lebensmitteln für Kölner Schulen mögliche Kooperationen mit Großkantinen testen (z.B. Uni Köln)
 - Entwicklung von Programmen, die sozial benachteiligte Bürger*innen bei der Beschaffung von frischer, nachhaltiger und regionaler Kost

- unterstützen
- z.B. durch Kooperationen der Stadt mit regionalen ökologisch produzierenden Obst- und Gemüsebauern oder Vertrieben, die nicht markttaugliche Ware kostengünstig abgeben
 - Förderung von Unverpackt-Läden in allen Stadtteilen
 - Lebensmittel aus der Massentierhaltung gehören grundsätzlich nicht in das Speisenangebot der öffentlichen Einrichtungen, Mensen, Schulen und Kindertagesstätten.
 - zu beachten bei allen Ausschreibungen der Stadt Köln, die den Ernährungs-Bereich betreffen
 - Wir stärken die regionale Landwirtschaft.
 - Kooperationen mit regionalen Bio-Bauern
 - Neuverpachtungen von landwirtschaftlichen Flächen innerhalb der Stadt ausschließlich an ökologisch wirtschaftende Pflanzenbaubetriebe vergeben
 - Der soziale und finanzielle Hintergrund der Bürger*innen darf den Zugang zum guten Leben nicht verhindern.
 - Programme für mehr Austausch zwischen den Veedeln
 - Sozial- und Freiräume schaffen, um die Integration benachteiligter Personen(gruppen) zu erleichtern
 - Lebenslagebericht ausweiten, um ein genaueres Bild der Situation zu bekommen, und Betroffene einbeziehen
 - der Vereinsamung von Jung und Alt durch Initiativen wie „Freunde alter Menschen“ entgegenwirken
 - mit „Wohnen für Hilfe“-Konzept mehr Raum für Studenten-, Behinderten- und Alten-WGs schaffen
 - Förderung von generationenübergreifendem Austausch
 - Lebensbedingungen der Bewohner*innen innerhalb von Sozialräumen verbessern - Zusammenarbeit mit Sozialraumkoordination, Diakonie und anderen Einrichtungen und Trägern (Schulen etc.)

- Ausbau des Programms "Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln"
 - wichtige Informationen in allen Bereichen immer zugänglich machen - in leicht verständlichem Deutsch und in den Sprachen der am stärksten vertretenden Nationalitäten
 - Ausbau von Obdachlosenhilfen - besonders für die Wintermonate
- Wir wollen, dass Menschen mit Migrationshintergrund Zugang zu allen Bereichen des guten Lebens haben.
 - das Angebot von Sprachkursen ausweiten, um sowohl berufliche als auch private Barrieren einzureißen
 - Unterstützung bei der Arbeitsplatzbeschaffung
 - Kooperationen mit städtischen Betrieben und öffentlichen Einrichtungen
 - Die Agentur für Arbeit muss Personen darin unterstützen, einen Beruf zu finden, der ihren Qualifikationen und Interessen entspricht. Sollten die im Ausland erworbenen Qualifikationen nicht anerkannt werden, muss den Personen dabei geholfen werden, sie hier nach Möglichkeit ebenfalls zu erlangen (PKW-Führerschein, Personenbeförderungsberechtigung etc.)
 - Zustände beim Ausländeramt müssen verbessert werden durch...
 - Evaluation, Betroffenenbefragung, pre- und prospektiv
 - schnelleres Erteilen der Arbeitserlaubnis
 - Vernetzung der einzelnen Ämter (Ausländerbehörde / Jobcenter bzw. Agentur für Arbeit)
 - Förderung von interkulturellem Austausch und Zusammenleben
 - mehr muttersprachliche Sozialarbeiter*innen bzw. ausreichend Dolmetscher*innen
 - mehr Nutzung von Ressourcen: Sprachkompetenzen gut angekommener Neu-Kölner
 - Abbau der Formular-Flut sowie die Möglichkeit, Unterlagen digital auszufüllen

- bessere Strukturen für die Integration und Beratung geflüchteter Menschen
 - Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Helfer, die sich für geflüchtete Menschen einsetzen
 - spezielle Beratungsangebote für LGBTQI*-Geflüchtete
 - Migrant*innenvereine und Initiativen unterstützen, die sich in diesem Bereich einsetzen
 - gesicherte medizinische Versorgung für alle Geflüchteten
- für die Aufnahme von in Seenot geretteten Menschen einsetzen
 - unterstützen von "Seebrücke Köln" und "Städte sicherer Häfen"
- Wir machen die Stadt attraktiver und freundlicher für Kinder und Familien und setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche bestmöglich für die Zukunft ausgerüstet werden.
 - Die Stadt muss für Kinder und Jugendliche zu einem sicheren Lebensraum werden, der erfahren und erforscht werden kann.
 - Stärkung des Aktionsplans „Kinder- und jugendfreundliches Köln“ mit einer Kindercharta (s. Frankfurt Oder).
 - Weltkindertag (20.09.2021) einführen und im Stadtgeschehen fest verankern
 - Spiel-, Sport- und Freizeitplätze priorisieren wie z.B. aktuell den Ausbau einer Sportanlage in Köln Porz
 - Medienkompetenz alters- und zeitgerecht vermitteln
 - "Digital Mobbing"-Prävention im Rahmen von OGS (Bsp. HABA-Digitalwerkstatt, Frankfurt)
 - Förderung der psychischen und physischen Gesundheit (z.B. Kölle aktiv, Die Vorleser, LeseWelten)
 - Programme: Kinder und Senioren zusammenbringen (KIBBUZ), Mehrgenerationenhäuser
 - Brennpunktförderung (z.B. Sozialräume -> Sozialraumkoordination, Kinderhospiz)

- Erhaltung und Ausbau von vorhandenen Kinder- und Jugendbegegnungstätten (Jugendzentren), insbesondere in Ballungszentren (Mechenich, Seeberg, Chorweiler-Nord, Finkenberg, Blumenberg)
- mehr Bedürfnisabfrage - was Kinder wirklich brauchen und wollen
- besser über vorhandene Angebote informieren
- Die psychische und physische Gesundheit muss für Bürger*innen gesichert sein.
 - Verbesserung und Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung
 - Förderung der differenzierten Erfassung der Anzahl an Kindern und Jugendlichen, bei denen der Hinweis auf eine psychische Auffälligkeit besteht
 - Programme zur Steigerung und Kontrolle der physischen und psychischen Gesundheit sowie Zahngesundheit von Kindern und Jugendlichen ausbauen, insbesondere in Kindertagesstätten und Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern aus sozial benachteiligten Familien
 - keine Fusion von städtischen Kliniken mit der Uniklinik
 - keine Schließung von Standorten (Köln Holweide) und Notdienstpraxen
 - bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege
 - ausreichend Personal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen
- Auch ältere Menschen und Senior*innen sollen Zugang zu allen Bereichen des guten Lebens haben.
 - die Seniorenberatung der Stadt stärker ausbauen und transparenter machen
 - zum Beispiel kostenloses Fahrradtraining für Senior*innen
 - mehr Seniorentagespflege / Tagesangebote / Unterhaltungsangebote für alleinlebende Senioren
 - Erweiterung des präventiven Hausbesuch-Programms
 - mehr In-Haus-Angebote: Friseur, Fußpflege, Einkaufshilfe, Nachbarschaftshilfe - mehr Vernetzungsangebote

- Selbstbestimmtheit und Teilhabe am aktiven Leben fördern:
 - Transporte/Taxifahrten/Monatsmarke o.Ä. mit Personal, das Senior*innen von Tür zu Tür begleitet und nicht nur am Fahrzeug hilft
- Programme: Kinder und Senioren zusammenbringen (KIBBUZ)
- Entwicklung und Förderung von neuen Wohnprojekten, in denen Senioren nicht abgeschottet werden
 - Mehrgenerationenhäuser
- Patenprogramme für Senior*innen
- Abbau von Barrieren in bestehendem Wohnraum
- Wir sorgen dafür, dass alle Bürger*innen Zugang zu sportlicher Betätigung und genug Platz dafür haben.
 - freie und vereinsgebundene Sportprogramme fördern
 - öffentliche Sport- und Spielplätze ausbauen und instand halten
 - Sport und Bewegung in den Alltag integrieren
 - Akteure vernetzen und Sportkooperationen anregen (z.B. durch Vermittlung von Kooperationspartnern, Netzwerkbildung)
 - Sportraumkonzepte entwickeln
 - Programme wie z.B. "Kölle aktiv" oder "Kölner Bündnis für gesunde Lebenswelten" ausbauen
- Wir schaffen ausreichend Angebote für die Beratung und gesundheitliche Versorgung von Drogenkonsument*innen
 - Drogenkonsumraum am Neumarkt und weiteren Standorten
- Köln hat viele engagierte Bürger*innen - und es ist Aufgabe der Stadt, sie mit einer fördernden Infrastruktur bestmöglich zu unterstützen.
 - Ehrenamtskarte ausweiten und attraktiver gestalten (KVB Ticket)
 - Hilfs- und Beratungsstellen ausbauen und fördern
 - Infrastruktur für soziales Engagement ausbauen
 - Beteiligung zu Stadtfragen fördern

- Straßen,- Stadt- und Nachbarschaftsfeste unterstützen
- „Ehrenamts-Ausbildung“ - Kurse zur Frage "Wie engagiere ich mich?" anbieten (evtl. in Schulbildung integrieren)
- Projekte/Aktionen in der unmittelbaren Nachbarschaft unterstützen und z.B. durch Wettbewerb im Stadtbezirk promoten
- mehr Bedürfnisabfragen durch Bürgernähe (Stimmungsbild-/ Bedarfserfassung) in Veedel-typischen Orten
- Wohnen muss für alle Bürger*innen bezahlbar sein

Mobilität grundsätzlich neu denken

Vision

Köln wird Vorreiterin für die Verkehrswende in den Städten unseres Landes. Bis 2035 wird auch der Verkehr klimaneutral. Unsere Vision ist die 15-Minuten-Stadt, in der alle Erledigungen des täglichen Lebens innerhalb von 15 Minuten erreichbar sind. Und zwar zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem ÖPNV. Fuß- und Radverkehr werden die wichtigsten Verkehrsmittel innerhalb der Stadt, für längere Strecken der ÖPNV. Privat genutzte PKW werden in Köln überflüssig – den frei werden Platz geben wir den Menschen zurück. Köln wird weitgehend autofrei.

Aktuelle Problematik

- Größere Autos, steigende Zulassungszahlen, wachsende Emissionen: Köln ist noch immer eine Autostadt und hat den Anschluss an eine moderne Verkehrsplanung verpasst. Die Metropolen der Welt: Paris, New York, Wien, Barcelona, Bogotá erfinden sich neu und planen die Stadt ohne Autos. In Köln ist die Verkehrswende nicht in Sicht.
- Die Teilnahme am Straßenverkehr in Köln ist lebensgefährlich: Seit 2015 sind in Köln 50 Menschen, die zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs waren, durch den Straßenverkehr getötet worden.
- Die auto-fokussierte Stadt- und Verkehrsplanung in Köln hat keine Antworten

auf wachsenden Einwohner*innenzahlen und auf wachsende Pendler*innenzahlen. 70% der Verkehrsfläche wird für Autos genutzt. Die Verteilung des öffentlichen Raumes wird an den Ansprüchen von Autos orientiert, statt den Bedürfnissen der Kölner*innen gerecht zu werden. Fußverkehr, Radverkehr und ÖPNV sind vernachlässigt und unterfinanziert.

Ziele und Maßnahmen

- Wir bringen mehr Tempo in die Umsetzung: Aktion sofort - Umbau später! Wir schaffen eine sichere Pop-up-Infrastruktur, die nach und nach baulich gefestigt wird.
- "Vision Zero" für Köln: Keine Verkehrstoten mehr aufgrund autogerechter Planung!
- Moratorium für alle veralteten Planungen: Kein Geld für Autostraßen
- Wir setzen ein klimagerechtes Mobilitätskonzept um: Das (private) Auto wird überflüssig - durch ein engmaschiges Netz aus emissionsfreien, sicheren und bezahlbaren Mobilitätsangeboten.
- Wir stärken den Fußverkehr.
 - konsequent barrierefreie Gehwege
 - kein legales Parken auf schmalen Gehwegen
 - Falschparkende abschleppen
 - Ausbau von Gehwegen
 - Aufwertung von Gehwegen durch Begrünung, Bänke, Spielplätze, Sportstätten (Begegnungsräume schaffen)
 - zusätzliche Rheinquerungen für den Fußverkehr
 - mehr Spielstraßen in den Veedeln: kurzfristig temporäre Spielstraßen, mittelfristig dauerhafte Umsetzung
 - zusätzliche Fußgänger*innenzonen, auch in den Veedeln.
- Wir wollen den Radverkehr als Kernelement für kurze und mittlere Strecken massiv fördern.
 - Ausbau der Radinfrastruktur:

- Popup-Bikelanes auf allen mehrspurigen Straßen
 - schnelles Umwidmen von Autospuren zu Fahrradspuren auf allen zentralen Verkehrswegen (Innere-Kanal-Straße, Nord-Süd-Fahrt, Kölner Fahrrad-Gürtel (eine Idee von Klima Freunde) etc.)
 - sichere, hochwertige, baulich getrennte Radwege abseits der Gehwege schaffen
 - konsequente Sanierung bestehender Fahrradwege, dabei nach Möglichkeit bauliche Trennung nachrüsten und Wege verbreitern
 - Netz aus Radschnellwegen zwischen Bezirken und Umland
 - Rheinquerungen für Radverkehr ausbauen
 - Schaffung von deutlich mehr Fahrradstraßen - weitgehend autofrei
- Einbahnstraßen grundsätzlich in beide Richtungen für den Radverkehr freigeben - sind sie zu schmal, werden Parkplätze entfernt
- in Neubaugebieten grundsätzlich baulich getrennte Fahrradstreifen
- Kreuzungen mit dem KfZ-Verkehr konsequent sicher gestalten (niederländisches Modell)
- deutlich mehr Radabstellmöglichkeiten, Rad-Parkhäuser an Knotenpunkten (z.B. durch Umwidmung von Autoparkplätzen)
- Abstellmöglichkeiten auch für E-Bikes (mit Lademöglichkeit) und Lastenräder
- null Toleranz für Radwegparker: verwarnen und abschleppen
- grüne Welle für Fahrradfahrer: die Ampelschaltung dem Fahrradverkehr anpassen
- dichtes, günstiges städtisches Leihrad-Netz, einschließlich E-Bikes und Lastenräder
- unsere Idee der Lastenradförderung fortführen
- Wir werden den öffentlichen Nahverkehr erheblich stärken.
 - zahlreiche neue Bus- bzw. E-Buslinien
 - Expressbuslinien ins Umland über Autobahnen - alles in

bequemen Taktzeiten erreichbar

- Anbindung der ländlichen Stadtteile (z.B. Esch, Pesch, Auweiler, Langel, Rheinkassel, Fühligen)
 - innerstädtische Buslinien für neue Fahrtrouten
 - Expressbuslinien entlang der Hauptverkehrsrouten (Innere Kanalstraße, Rheinuferstraße)
 - Ausbau der Straßenbahnlinien
 - Ausbau der Linie 7 nach Bonn/Königswinter, um auch rechtsrheinisch gut angebunden zu sein
 - Ringschluss 13, Ost-West-Achse
 - deutliche Erhöhung der Taktfrequenz, durchgängiges Angebot in der Nacht
 - radikaler, oberirdischer Ausbau der Stadtbahn (z.B. nach Widdersdorf)
 - einfacher, günstiger, fairer Tarif
 - konsequent barrierefreier ÖPNV
 - inakzeptable Mängel (z.B. defekte Aufzüge oder Rolltreppen) durch mehr KVB-Wartungsmitarbeiter*innen zeitnah beheben lassen
 - Gewährleistung eines barrierefreien Einstiegs in Busse und Bahnen - an allen Bahnsteigen und Haltestellen
 - einfache Mitnahme von Kinderwagen und Fahrrädern
 - Mobilitätsstationen für einen komfortablen Wechsel der Verkehrsmittel einrichten
 - Mobilität von Tür zu Tür - den konventionellen ÖPNV mit Sharingdiensten ergänzen (stationäres Carsharing, Ridesharing, Rad- und Roller-Verleih, Fahrradtaxen)
 - Wasserbusliniensystem auf dem Rhein umsetzen
 - Verzicht auf fossile Brennstoffe im ÖPNV, Neuanschaffung von fossil betriebenen Fahrzeugen stoppen
- Den Autoverkehr soweit wie möglich überflüssig machen.

- generelle Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30km/h, in verkehrsberuhigten Zonen weniger
- Fußgänger*innen und Radfahrenden in Wohnstraßen immer Vorrang vor Autos geben
- gerechte Verteilung der Verkehrsfläche:
 - Reduzierung der Parkplätze im öffentlichen Raum auf das erforderliche Minimum, stattdessen Errichtung von Quartiersgaragen und Nutzung von Parkhäusern
 - Parkraummanagement in der ganzen Stadt: Bewohnerparken gegen marktgerechte Gebühren
 - Verkehrsaufkommen drastisch senken und durch Parkplatzreduktion Flächen freisetzen
 - den freigewordenen Raum zu jeweils einem Drittel dem Radverkehr und dem ÖPNV zuschlagen - das übrige Drittel als begrünte Fußverkehr- und Gemeinschaftsfläche nutzen
- Etappenziel autofreie Innenstadt
 - Zufahrt für Autos beschränken: Ausnahmen für Rettungsdienste, Dienstleister (z.B. Handwerker, Stadtwerke), Anlieger*innen, mobilitätseingeschränkte Personen und unverzichtbaren Lieferverkehr
 - Private Autobesitzern Zugang zu Garagen und Parkhäusern ermöglichen
 - Dezentrale Logistikzentren im Randgebiet schaffen - dort Anlieferung (z.B. von Paketdiensten) und Umverteilung auf E-Kleinfahrzeuge (siehe z.B. UPS)
 - Neubaugebiete grundsätzlich autofrei (nach oben beschriebenen Kriterien)
 - Stationsgebundenes Carsharing fördern - mit E-Autos und bis in die Stadtrandbezirke
 - flächendeckender Ausbau von E-Ladestationen
- innovativer Lieferverkehr

- Logistikzentren als Abholstationen einrichten, von dort aus emissionsfreie Auslieferung (z.B. E-Kleinsttransporter, Lastenräder)
 - verbliebenen Lieferverkehr zeitlich begrenzen, sichere Ladezonen einrichten
- Wir reduzieren den Luftverkehr.
 - Nachtflugverbot am Flughafen Köln/Bonn
 - Treibstoffverbrauch minimieren durch optimierte Flugrouten
- Wir unterstützen die Forderungen der Verkehrswende Köln

Diversität und vielfältige Kultur fördern, fordern und feiern

Vision

Wir möchten rausgehen, einander wertschätzen begegnen und miteinander Kultur erleben. Wir lieben unser buntes Köln und stärken das Miteinander in den Veedeln. Wir fördern nicht-kommerzielle Initiativen und schaffen mehr Platz für die freie Kulturszene und Subkulturen.

Aktuelle Problematik

- Die Diversität Kölns zeichnet sich vielerorts eher durch Abgrenzung als durch Offenheit und Miteinander aus, es gibt noch zu wenig Austausch zwischen den Kulturen und zu wenig Sensibilität für die Bedürfnisse der anderen.
- Die Bedürfnisse von Frauen und LSBTIQ+ Personen werden in der Stadt nicht ausreichend berücksichtigt.
- Kunst- und Kulturproduzenten*innen haben keine verlässliche Partner*innen, kein verlässliches Einkommen und keine Räume, die sie zur Entwicklung ihrer Projekte nutzen können.

Ziele und Maßnahmen

- Wir unterstützen die Gleichstellung von LSBTIQ+ und Frauen* aller Altersklassen.
 - von Gewalt betroffene Frauen* besser schützen
 - feste kommunale Finanzierung für alle Frauen*häuser, die Planungssicherheit garantiert
 - ausreichende Plätze in Frauen*häusern bzw. Einrichtung eines neuen Frauen*hauses
 - ausreichend Beratungs- und Hilfsangebote für von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen in Köln
 - sexistische und frauenverachtende Werbung aus dem Stadtbild verbannen
 - obdachlose Frauen* stärker schützen
 - kostenlose Verhütungsmittel für Frauen mit geringfügigen Einkommen anbieten
 - Bei Neu- und Umbenennungen von Straßen nach Personen werden Frauen* bevorzugt - bis zur paritätischen Benennung aller Straßen
 - Gender Budgeting, d.h. geschlechtergerechte Haushaltspolitik, damit alle Bürger*innen gleichermaßen profitieren
 - paritätischen Besetzung von städtischen Kommissionen, Beiräten, Ausschüssen etc.
 - Projekte und Initiativen für queerfeministische und intersektionale Themen fördern
 - Räumlichkeiten wie "Assata im Hof" erhalten und stärken
 - Unterstützung geflüchteter LSBTIQ+ stärken und Beratungs- und Antidiskriminierungsarbeit stärker aufstellen
 - Breitere und stärkere Aufstellung der Fachstelle LSBTIQ+ der Stadt Köln, um Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsarbeit sowie die Akzeptanzförderung von LSBTIQ+ in Köln deutlich auszubauen
 - Sichtbarkeit von LSBTIQ+ Lebens- und Familienformen im Stadtbild erhöhen

- Erweiterung und Ausbau des derzeitigen Aktionsplans LSBTI* der Stadt Köln
- Unterstützung und Beratung von LSBTIQ+ Senior*innen sowie Sensibilisierung für ältere LSBTIQ+ etwa in der Pflege
- Sensibilisierungsveranstaltungen und Workshops zum Thema LSBTIQ+ und Regenbogenfamilien für Angestellte in der Stadtverwaltung und öffentlichen Einrichtungen (etwa Erziehende der städtischen Kindertagesstätten)
- Antidiskriminierungs- und Aufklärungsarbeit in allen Schulformen fördern
 - SCHLAU Köln (Schwul-Lesbische Aufklärung an Schulen)
 - Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie
- Wir gehen konsequent gegen rechtes und rassistisches Gedankengut vor.
 - Schulungen zum Thema Rassismus bzw. Critical Whiteness für alle Angestellten von Stadtverwaltung und öffentlichen Einrichtungen und für alle Polizist*innen
 - Denkmal in der Keupstraße zum Gedenken an die Opfer des NSU-Anschlags
 - Das autonome Zentrum erhalten und fördern
 - kostenlose Führungen im NS-Dokumentationszentrum
- Köln wird seine Kolonialgeschichte aufarbeiten.
 - Umbenennung von Straßen mit Kolonialbezug (Afrika-Viertel, Chinesenviertel) bzw. Straßen, die Kölns koloniale Vergangenheit verherrlichen - der historische Kontext soll beibehalten werden; bei personenbezogenen Umbenennungen haben Frauen* Vorrang
 - Aufklärungsarbeit: Wissensvermittlung zur kolonialen Geschichte und zur Geschichte von Menschen afrikanischer Herkunft in Deutschland anbieten - für alle Altersklassen
 - Bestandsaufnahme von möglicherweise problematischen Straßennamen und Denkmälern
 - Schaffung eines Ortes, der an die Opfer des Kolonialismus und den

Widerstand dagegen erinnert (z.B. Geschichtspfad)

- Kulturelle Teilhabe wird für alle Bürger*innen gleichermaßen möglich.
 - Vergünstigungen für Oper, Schauspiel, Philharmonie, sowie kostenlose Museumsbesuche
 - Ausweitung der Angebote und Leistungen des Köln-Passes
 - Hochsetzen der Einkommensgrenze für den Köln-Pass
 - mehr kulturelle Angebote wie Theater, Lesungen, Kinovorführungen etc.
 - mehr Freiraumfläche für Bürgerzentren schaffen, insbesondere um interkulturellen Austausch zu fördern
 - kulturelle Teilhabe auch in den Außenbezirken
 - Familienpreise überall auch für Einelternfamilien
- Wir unterstützen und erweitern multinationale Projekte von "Neu-Kölner*innen", um Begegnungen und Kulturen zu fördern & zu feiern.
- Wir erhalten den Raum für Kultur.
 - neuen Raum für Kunst und Kultur (z.B. Proberäume, Ateliers, Kulturzentren) schaffen und dabei einen sinnvollen Lärmschutz zum Wohle aller beachten
 - freiwerdende Räume zur Zwischennutzung zugänglich machen
 - unkomplizierte Fördermöglichkeiten für Künstler*innen mit der Möglichkeit, Neues entstehen zu lassen (z.B. Pop-up Bühnen)
 - eine vielfältige Kulturszene mit nicht-kommerziellen Kulturstätten schützen und unterstützen
 - Bürokratieabbau bei Veranstaltungsgenehmigungen und Förderanträgen
- Kulturgesehen wird so nachhaltig wie möglich gestaltet.
 - städtische Förderung an Nachhaltigkeitskriterien knüpfen

Konsumfreie und grüne Räume für Begegnung und Spaß

Vision

Wir schaffen mehr Platz für Begegnung auf Augenhöhe, mehr öffentliches Grün und mehr Barrierefreiheit für Alt und Jung. Parkplätze werden umgewidmet, Baumscheiben bepflanzt, Spielstraßen ausgewiesen und die Bebauung von vorhandenen Grünflächen wird verhindert.

Aktuelle Problematik

- Es gibt zu wenig Grünflächen und Stadtbäume, um der Erhitzung des Stadtklimas entgegenzuwirken - auch Tiere brauchen solche Rettungsinseln in der Stadt zum Überleben.
- Unkommerzieller Raum für Begegnung ist nicht ausreichend vorhanden.
- Der öffentliche Raum ist voller sexistischer und teils diskriminierender Werbung - eine unablässige Konfrontation mit Konsum.

Ziele und Maßnahmen

- Wir erhalten die vorhandenen Kölner Grünanlagen und setzen uns für eine ökologische Aufwertung ein.
 - Jegliche Bodenversiegelung im Grüngürtel und den verbindenden Radialen ist kategorisch abzulehnen - so erhalten wir auch Wanderkorridore für viele bedrohte Arten.
 - fachgerechte Pflege der vorhandenen Pflanzen
 - ausreichende Bewässerung der Stadtbäume gewährleisten, Initiativen wie "Gießt Kölle" unterstützen
 - naturnahe Pflege der Grünanlagen
 - Erneuerung der Baumschutzsatzung
 - anspruchsvoller und wenig klimaresistenter Rasen weicht Flachland-Mähwiesen, die Lebensraum für eine deutlich höhere Artenvielfalt sind
 - Maßnahmen gegen das Insektensterben
- Wir schaffen mehr grüne Oasen in der Stadt - konsumfreie Aufenthaltsorte für alle Stadtbewohner*innen.

- Entsiegelung immer dort, wo sie möglich ist
- neue Stadtbäume pflanzen, die den Herausforderungen der Klimakrise standhalten
- städtische Wildblumenwiesen einführen (z.B in Kreisverkehren)
- Parkplätze umwidmen zu Hochbeeten
- Patenschaften für Baumscheiben fördern
- Urban Gardening ausbauen, um grüne Rückzugs- und Pflanzmöglichkeiten zu schaffen
 - z.B. Projekte der "Essbaren Stadt"
 - Gemeinschaftsgärten in der Stadt wie z.B. die Pflanzstelle in Kalk <http://pflanzstelle.blogspot.eu/>, NeuLand in Bayental oder der Flaksgarten in Köln Porz <https://flaksgarten.wordpress.com/>
- solidarische Landwirtschaft und Kleingärtnervereine fördern und bewahren
- Biodiversität auf Friedhöfen durch Bepflanzungskonzepte stärken
- Dach- und Fassadenbegrünung aller städtischen Gebäude
- städtische Fördermaßnahmen für Dach- und Fassadenbegrünung bekannt machen und fortführen
- Wir reduzieren Werbung im öffentlichen Raum.
 - öffentliche Einrichtungen - vor allem Bildungseinrichtungen - frei von jeglicher Werbung halten
 - keine Genehmigung von zusätzlichen Werbeplakaten durch die Stadt Köln
 - Werbung für schnelllebig Güter stetig reduzieren und Werbeflächen nach Nachhaltigkeitskriterien des beworbenen Produktes vergeben

Wirtschaften zum Wohle aller

Vision

Das Wohl aller ist oberstes Kriterium für wirtschaftliches Handeln (“Gemeinwohlökonomie“). Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit stehen vor Wachstum und Profit. Das bedeutet: humane Arbeitsbedingungen und Gleichberechtigung der Mitarbeiter, ökologische Produktionsmethoden, demokratische Entscheidungsprozesse und gerechte Verteilung der Erträge. Jede Arbeit wird fair bezahlt.

Aktuelle Problematik

- Die Geschäftsentscheidungen der Kölner Volks- und Marktwirtschaft zielen nicht auf das Gemeinwohl.
- Bei Beschaffungen und Vergabekriterien für öffentliche Ausschreibungen der Stadt Köln wird dem Preismehr Bedeutung beigemessen als öko-sozialen Kriterien.
- Es gibt kein Verursacherprinzip in der Wirtschaft - unsoziales und unökologisches Wirtschaften wird nicht geahndet, nach Gemeinwohl strebendes Wirtschaften wird nicht belohnt.

Ziele und Maßnahmen

- Köln wird eine Gemeinwohl-bilanzierte Gemeinde.
 - die Stadt Gemeinwohl-bilanzieren - bewertet durch eine unabhängige Instanz und regelmäßig für die Öffentlichkeit publiziert
 - Einrichtung einer Leit- und Koordinationstelle, um den Transformationprozess der gesamten Verwaltung zu begleiten
 - regelmäßige Prüfung und Publizierung des Gemeinwohls einzelner Bezirke anhand des OECD Better-Life-Index oder eines demokratisch komponierten Gemeinwohl-Produktes
 - Vergabe von Aufträgen für Daseinsgrundfunktionen an gemeinützige Träger*innen oder Gemeinwohl-orientierte Organisationen
 - sofortiger Abzug finanzieller Rücklagen und Anlagen der Stadt Köln aus klima- und gemeinwohlschädlichen Wertanlagen
- Gemeinwohl-orientiertes Marktwirtschaften wird gefördert.

- Einrichtung einer städtischen Kompetenzstelle zur Unterstützung von Akteur*innen, die sich Gemeinwohl-orientiert umgestalten und bilanzieren lassen wollen
- Absenkung der Gewerbesteuer für Unternehmen mit einer positiven Gemeinwohlbilanz und Erhöhung der Gewerbesteuer für Unternehmen mit einer negativen Gemeinwohlbilanz
- Städtische Eigenbetriebe und Eigengesellschaften agieren nachweislich Gemeinwohl-orientiert.
 - Gemeinwohl-Bilanzierung für alle öffentliche Organisationen und Unternehmen verpflichten und von unabhängigen Instanzen prüfen lassen
 - jährliche Veröffentlichung der Gemeinwohl-Bilanzen städtischer Eigenbetriebe und Eigengesellschaften
 - Beschaffung fair produzierter Kleidung und anderer Arbeitsmaterialien für Eigenbetriebe
 - Einführung einer 4-Tage-Woche bei gleichem Lohnausgleich
- Wir sichern öffentliche und nachhaltige Arbeitsplätze.
 - sozialen Abbau verhindern
 - öffentliche Gemeinwohl-bilanzierte Arbeitsplätze im Bereich Naturschutz (Essbare Stadt, Zero-Waste-Stadt)
 - Transformation und Bürgerbeteiligung schaffen (im Sinne von „Fachkräfte-Offensive Klimaschutz“)
 - Kliniken in öffentliche Hand zurückführen
 - Ausbau und Förderung von Unternehmen im Rahmen "Köln als Hauptstadt des Fairen Handels"
- Für alle Markt- und Demokratieteilnehmer*innen gelten die gleichen Regeln und die gleiche Transparenz.
 - z.B. Produkte mit Echtdaten zum CO₂-Fußabdruck - für Konsumenten eine Entscheidungshilfe, die Daten mit ihrem eigenen Fußabdruck in Relation zu bringen

Nachhaltige und sanfte Digitalisierung

Vision

Die Gestaltung der Digitalisierung dient dem Gemeinwohl und zielt nicht einseitig auf die Förderung einer wirtschafts- und wachstumspolitischen Agenda ab. Die Digitalisierung soll zu einer nachhaltigen Transformation der Stadt beitragen sowie auf sinnvolle, menschenwürdige Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Wahrung von Privatsphäre und genügsame sowie nachhaltige Lebensstile setzen (siehe "Bits & Bäume"). Mit öffentlichem Geld geförderte Digitalprojekte stehen unter einer offenen und freien Lizenz zur Verfügung (Public Money – Public Code).

Aktuelle Problematik

- In Ermangelung einer ganzheitlichen, transformativen Strategie ist Köln sowohl Opfer als auch Antreiber einer unnachhaltigen Digitalisierung.
- Unzureichender Privatsphäreschutz und unregulierte kommerzialisierte Dienste/Produkte führen zur Untergrabung von Meinungsfreiheit, Demokratie und individueller Lebensgestaltung - auch öffentliche Organisationen in Köln sind abhängig von Digitalmonopolen.
- Durch hohen Energie- und Ressourcenverbrauch wird die Digitalisierung zu DEM Brandbeschleuniger der Klimakrise.

Ziele und Maßnahmen

- Wir wollen freie Software und Open-Source-Programme in öffentlichen Institutionen - Public Money, Public Code (<https://publiccode.eu/>).
 - Mit öffentlichen Fördergeldern oder für öffentliche Verwaltungen entwickelte Software muss unter einer Freie-Software- und Open-Source-Lizenz veröffentlicht werden - wenn es sich um öffentliche Gelder handelt, muss auch der Code öffentlich sein.
 - Augen öffnen statt blind vertrauen: Schulen und Bildungseinrichtungen,

insbesondere die Schüler*innen selbst, sollten nicht auch noch in die Arme von Datenhändlern getrieben werden (z.B. wenn eine Lehrkraft mit WhatsApp organisiert) - datensparsame freie Open-Source-Dienste sind die bessere Alternative.

- Die gesamte IT-Infrastruktur der Stadt Köln - auch die ihrer Eigenbetriebe und Eigengesellschaften - muss ressourcenneutral sein und ausschließlich von erneuerbaren Energien betrieben werden.
 - Bei der Entwicklung der eingesetzten Hard- und Software muss Daten-, Energie- und Ressourcensuffizienz eine wesentliche Anforderung sein.
 - Es muss in öffentlichen Einrichtungen - von Verwaltungen bis hin zu Schulen - möglich sein, gebrauchte Technik zu beschaffen.
 - Die Stadt muss die Möglichkeit bieten, elektronische Geräte zu reparieren oder fachgerecht zu recyceln - eine Kreislaufwirtschaft sollte hier in Kooperation mit Elektro-Technik-Herstellern erfolgen.
- Die Stadt Köln mitsamt ihrer Eigenbetriebe und Eigengesellschaften nutzt ausschließlich Software, die ökologischen, sozialen und demokratischen Kriterien genügt - sowohl im eigenen Betrieb als auch in der Kommunikation nach außen (PR).
 - Die öffentliche Kommunikation (PR) sollte nicht innerhalb geschlossener oder kommerzialisierter Netzwerke erfolgen (wie z.B. Facebook, Instagram by Facebook, Twitter, YouTube), deren Zugang an Nutzungsverträge mit US Unternehmen gebunden ist.
 - Die Stadt sollte ausschließlich werbefreie und offene Software verwenden, welche die Einwohner*innen ohne Tracking des Nutzungsverhaltens verwenden können. (z.B. eine von der Stadt betriebene Mastodon Instanz)
- "Smart City Cologne" soll ihrem Namen gerecht werden: Die Digitalisierung wird nicht als Mittel für das Wirtschaftswachstum einzelner Unternehmen genutzt, sondern zur Lösung der Probleme von Kölner*innen.
- Die Stadt muss eine Daseinsvorsorge in der digitalen Welt bieten - dazu braucht es eine umfassende aber pragmatische 1:1 Digitalisierung unserer

fundamentaldemokratischen und gesellschaftlichen Errungenschaften.

- Jede Person sollte die Möglichkeiten bekommen, sichere und gebrauchstaugliche elektronische Dienstleistungen der Stadt in Anspruch zu nehmen.
- Jedem*r Einwohner*in muss die Möglichkeit geboten werden, sicher mit anderen Menschen digital in Kontakt treten zu können.
 - Ein städtisch betriebenes soziales Netzwerk bietet einen unkommerzialisierten Begegnungsraum im Digitalen unter Wahrung von Privatsphäre und Datenschutz - z.B. eine von der Stadt betriebene Mastodon Instanz.
- Menschen müssen mittels notwendiger digitale Dienste unabhängig von Geschäftsinteressen ihren Rechten und Pflichten nachkommen und ihren Alltag bestreiten können.
 - Alles was per Post und Brief möglich ist, muss auch rechtssicher per Scan und E-Mail möglich sein.
 - Es gibt ein analoges Brief-Geheimnis, also braucht es auch ein digitales E-Mail-Geheimnis - es muss möglich sein, der Stadt Köln sichere verschlüsselte Emails schicken zu können.
- Digital Citizenship - Die Stadt sollte jedem Bürger eine geschützte und verifizierte Digitale Identität bereitstellen, in digitaler Analogie zum Personalausweis.
 - eine sichere und vom Meldeamt verifizierbare E-Mail-Adresse mit digitaler Signatur und Verschlüsselung (erika.musterfrau@digitale-buerger-in.stadt.koeln) und ein Internet-Zugang über Wi-Fi (siehe Freifunk)
 - Dasselbe Bürger*in könnte auch eine oder mehrere anonyme Stadt-Adressen bekommen, mit der sie sich z.B. bei sozialen Medien anmelden kann; so wäre im Rechtsfall die Identität feststellbar, wie im analogen Leben mithilfe der Autokennzeichen - eine Pseudonymisierung.
- Städtisch gewährleistete Sicherheit im Internet
 - Präsenz und Verfügbarkeit von Polizei und Ordnungsamt im

- Internet, um bspw. gegen Hate-Speech vorzugehen
 - Hier braucht es Initiativen, die Bürger*innen ihre Anonymität lässt (wie z.B. beim Schlendern in der Schildergasse), aber in rechtlich relevanten Fällen auch ein Einschreiten ermöglicht.
 - Bei Digitalisierungsvorhaben in der Verwaltung müssen auch grundlegende Prozesse angepasst und neu gedacht werden - ein reiner Ersatz von Papierformularen durch PDFs ist unzureichend.
- Wir wollen Datenschutz für alle Kölner*innen, immer und überall!
 - keine unbedachten Entscheidungen, die dazu führen, dass noch mehr Daten in den Händen außereuropäischer Konzerne landen, die sie weiterverkaufen und/oder missbrauchen
 - Seit dem Cambridge-Analytica-Skandal ist offensichtlich, dass Datenhandel den Souverändurchschaubar und manipulierbar macht - und so die Demokratie gefährdet. Die Stadt muss ihre Bürger*innen schützen, statt sie weiter in diesen Missstand hineinzutreiben - es ist nicht schwer, es ist eine Einstellungssache.
- Wir möchten "Offene Daten Köln" fördern.
 - Alles, was nicht rechtlich geheim bleiben muss, soll offen gelegt werden.
 - Für die Datenerhebung gilt: so wenig wie möglich und so viel wie nötig - allgemein redundante Daten sollen vermieden und Datenflüsse zwischen den Ämtern vereinfacht werden.
 - Daten besser nutzbar machen
 - API nach außen verbessern
 - Datenqualität verbessern (mind. 3 Sterne nach <https://5stardata.info/en/>) - sonst liegen die Daten nur ungenutzt herum und fressen unnötig Ressourcen
 - ggf. die Plattform als Open Source gestalten und eine Community aus Stadt und Bürgerschaft zur Weiterentwicklung aufbauen
- Die Stadt muss politische und verwaltungstechnische Prozesse durch digitale Medien transparent machen.
 - Das Rats-TV muss zugänglicher gestaltet werden.

- plattformunabhängig und barrierefrei zugreifbar
 - eine Translation von der Sprache im Rat zur Sprache "auf der Straße"
- Das Ratsinformationssystem Kölns muss unter Aspekten der Gebrauchstauglichkeit für die Einwohner*innen überarbeitet und um Partizipations-Mechanismen erweitert werden.
- Aufträge und Förderungen zur Entwicklung von digitalen Systemen müssen voraussetzen, dass die Projekte einen Mensch-zentrierten Entwicklungsansatz verfolgen, um ein gutes Benutzer*innen-Erlebnis (User Experience) zu schaffen.
 - Gleichzeitig müssen die Grundwerte unserer Verfassung in Endprodukt und Entwicklungsprozess verankert sein: Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit sowie demokratische Mitbestimmung und Transparenz.
 - Darüber hinaus sollten nur digitale Projekte gefördert werden, die von den Einwohner*innen als notwendig erachtet wurden.

Köln von Müll und Verschwendung befreien

Vision

Köln wird müll- und verschwendungsfreie Stadt ("Zero Waste Stadt"): Umsonstläden einrichten, in denen Gebrauchtes und Abgelegtes neue Verwendung findet, Lebensmittelrettung, Reparaturcafés sowie unverpacktes Einkaufen fördern und stetig die Abfallmengen reduzieren.

Aktuelle Problematik

- Mülltrennung wird nicht in allen Stadtteilen ermöglicht.
- Wilder Müll wird bei den Verursacher*innen nicht geahndet - auf der anderen Seite werden Verschwendungs-reduzierende Lebensstile nicht ausreichend honoriert.
- Beschaffung und Reparatur gebrauchter Geräte und Gegenstände werden nicht

ausreichend unterstützt.

Ziele und Maßnahmen

- Die Stadtverwaltung soll sich offiziell zu den Zielen von "Zero Waste Europe" bekennen.
 - Die Stadt muss den Anteil an nicht recyclebarem Müll signifikant und stetig reduzieren.
 - Durch eine Mobilitätswende soll der Anteil an auftretendem Mikroplastik durch Reifenabrieb reduziert werden.
 - Die Bauwirtschaft muss sich an ökologischen Kriterien orientieren. Materialien sollten aus nachwachsenden Rohstoffen bestehen, sowie nach einem Abriss von Gebäuden wiederverwendbar im Sinne einer Kreislaufwirtschaft sein.
 - Die Stadt muss den Anteil von recyclebarem Müll und die Qualität von Recyclat, Altpapier, Kompost und Co. stetig verbessern und eine Kreislaufwirtschaft anstreben
 - Für jede*n Bürger*in ist Mülltrennung möglich, weil ein unkomplizierter Zugang zu separaten Mülleimern/-tonnen besteht. Sind im Haus keine ausreichenden Flächen vorhanden, werden sie im öffentlichen Raum geschaffen.
 - Kostenlose freiwillige Fortbildungen und Informationsveranstaltungen werden jede*r Bürger*in und insbesondere Hausbesitzer*innen und Neu-Kölner*innen gezielt angeboten und zugänglich gemacht.
 - Die Stadt muss beide Abfallsorten stetig reduzieren.
 - Kölns Einwohner*innen müssen alternative Freizeitmöglichkeiten erhalten, damit schnellebiger materieller Konsum in den Hintergrund rückt.
 - Öffentliche Einrichtungen - vor allem Bildungseinrichtungen - sind von jeglicher Werbung zu befreien.
 - Die Stadt Köln darf keine zusätzliche Werbeplakate mehr

- genehmigen.
- Die Stadt Köln muss die Werbung für schnelllebigere Konsumgüter im öffentlichen Raum reduzieren und Werbeflächen nach Nachhaltigkeitskriterien der beworbenen Produkte/Dienstleistungen vergeben.
 - Das Entsorgen von Sperrmüll muss ein Ende haben. Es werden zu oft völlig intakte Gegenstände und Möbel vernichtet, die weiter genutzt werden könnten. Diese sollten in städtischen Umsonstläden den Einwohner*innen angeboten werden.
 - Dezentrale öffentliche Komposter müssen in allen Quartieren zu finden sein, die dafür Platz haben.
 - Eröffnung eines Second-Hand-Einkaufszentrums nach dem Beispiel (<https://www.fairlis.de/post/die-retuna-second-hand-mall/>) mit der Möglichkeit, Second-Hand- & Upcycling-Produkte anzubieten
 - Förderung und Ausbau von Repair-Cafés, um den Elektroschrott zu reduzieren
 - Mehr Aktionen/Kampagnen zur Bewusstseinsbildung und zur Müllvermeidung in Grünanlagen
 - Strengerer Umgang mit Müllsündern, insbesondere bei wildem Müll in der Natur (z.B. Bauschutt)
- Die Stadt und ihre Einrichtungen - von Ämtern bis hin zur Kita - müssen Vorbilder für sparsame Ressourcennutzung sein.
 - Die Stadt soll in allen Einrichtungen nachhaltige Kriterien zur Beschaffung aller Verbrauchs- und Gebrauchsgüter etablieren.
 - Nachfüllbare Trockenseifenspender statt in Plastik verpackte Flüssigseife wird der neue Standard.
 - Es werden keine verpackten Süßigkeiten ausgegeben.
 - In Förderprojekten, Ausschreibungen und im Eigenbetrieb wird die Beschaffung gebrauchter Materialien als Ausgabe akzeptiert und bevorzugt, sofern diese dem Standard entspricht.

- Alle Mitarbeiter*innen städtischer Einrichtungen werden Fortbildungen zu ressourcenschonenden Lebensstilen (z.B. Thema "Zero Waste") besuchen.
 - Lehrer*innen und Erzieher*innen lassen dieses Wissen in ihren Unterricht einfließen, idealerweise in einem Fach wie "Subsistenzwirtschaft".
 - Die Erzieher*innen in Kitas und Kindergärten sind sowohl mit Stoffwindeln als auch mit "Windelfrei" vertraut und unterstützen Eltern diesbezüglich mit ihrer Erfahrung.
 - Befähigung und Bewusstsein für Mülltrennung werden in Schulen und Kitas vermittelt, sowie in Form von Fortbildungen für alle städtischen Mitarbeiter.
- Die Lebensmittelanbieter*innen in Köln werden aufgefordert, die aus ihrer Sicht oder wegen rechtlicher Gegebenheiten nicht mehr für den Verkauf geeigneten Lebensmittel nicht wegzuschmeißen sondern an Sammelstellen abzugeben, im Laden kostenlos anzubieten (Container wird damit überflüssig) oder an Fairteiler oder andere Lebensmittelretter zu spenden.
- Einwohner*innen müssen die Möglichkeit haben, die braune Tonne / Biomülltonne zu erhalten und niedriger frequentiert abholen zu lassen, bspw. alle zwei Wochen.
- Glas und Flaschen sollen verpflichtend in den Containern entsorgt werden.

Zukunftsfähige Bildung in einer Stadt, die allen Kindern gerecht wird

Vision

Die Stadt gehört auch unseren Kindern – sie bekommen mehr Raum zur Entfaltung. Qualitativ hochwertige Bildung ist für alle zugänglich – von der Kita über die OGS bis zur Volkshochschule. Wir schaffen schnell neue und gut ausgestattete Schulen und Kitas, die an modernen und zukunftsfähigen Konzepten ausgerichtet sind. Die Stadt

fördert und schafft Bildungsprogramme zum nachhaltigen Leben und zur politischen Partizipation.

Aktuelle Problematik

- In Köln fehlen zahlreiche KiTa- und Gesamtschulplätze; der Ausbau geht schleppend voran.
- Der Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung ist nicht für alle Kinder und Jugendlichen gleich.
- Es gibt zu wenig außerschulische Begegnungsräume und oft fehlen vielfältige Freizeitangebote, die über das gesamte Stadtgebiet verteilt sind.

Ziele und Maßnahmen

- Qualitativ hochwertige und zukunftsfähige Bildung muss für alle Kinder zugänglich sein – von der Kita bis zum Abitur.
 - ausreichende Kapazitäten in Kindertagesstätten schaffen
 - Kooperation mit Berufsschulen, um die Ausbildung von Erzieher*innen zu fördern
 - Erzieher*innenausbildung durch angemessene Vergütung attraktiver gestalten
 - bedarfsgerechter Zubau von Kindertagesstätten in den einzelnen Veedeln
 - ausreichende Kapazitäten in Schulen schaffen
 - Schulgebäude sanieren, Schulneubau vorantreiben, Schulausstattung verbessern - insbesondere in strukturell und sozial schwachen Gegenden
 - Die Planung der Schulformen muss sich am aktuellen Bedarf und den demographischen Prognosen orientieren – aktuell werden insbesondere Gesamtschulplätze dringend gebraucht.
 - Gründung einer Schulausbau-Gesellschaft, um den Schulausbau zu beschleunigen und zu verbessern

- die Qualität der Ausschreibungen verbessern, damit ein schneller Baustart und eine professionelle Vergabe möglich sind
- Vergabe nur noch an Generalunternehmen
- Verwaltungspersonal aufstocken, um Fördermittel abrufen zu können
- Neue Schulgebäude müssen an zukunftsfähigen pädagogischen Konzepten ausgerichtet sein, alte möglichst dahingehen verändert werden
 - genug Raum für moderne Lernformen
 - naturnahe Schulgestaltung (Erhalt von Bäumen, keine Betonierung von Schulhöfen, Entsiegelung der bestehenden Schulhöfe)
 - Schüler erhalten die Möglichkeit, Nutzpflanzengärten und Blumenwiesen anzulegen und gewinnen so ein Bewusstsein für Pflanzen und den Jahreskreislauf
- Für die Offene Ganztagschule entwickeln wir ein Konzept zur Qualitätssicherung. Die Angebote des OG müssen finanziell angemessen ausgestattet werden, ihre Mitarbeiter*innen müssen gut ausgebildet und angemessen bezahlt werden.
- Wir wollen die Schulverpflegung gesünder, nachhaltiger und klimafreundlicher gestalten - Konzerne und Profitinteressen haben an Schulen nichts zu suchen.
 - Lehrer*innen, Pädagog*innen und Erzieher*innen schulen, z.B. mit dem Projekt „Vieso, veshalb, vegan – Leichte Einführung in die pflanzenbetonte Schulküche“ der Initiative "Fooderstand"
 - Kinder z.B. mit der Initiative Gorilla Ernährungstheater spielerisch bilden
- Wir fördern städtische Bildungsinitiativen für Kinder und Jugendliche zu wichtigen Zukunftsthemen: Demokratie und Partizipation, Klimakrise, Nachhaltigkeit und Gesundheit.
 - zahlreiche pädagogisch wertvolle Einrichtungen zu diesem Thema bestehen bereits und können eingebunden werden:
 - Umweltbildungszentrum Gut Leidenhausen in Porz

- Gertrudenhof in Hürth
 - Lebenshof MonRo Ranch bei Mönchengladbach
 - Obsthof Rönn in Meckenheim
- Zu den Themenfeldern Klimaschutz, Ernährung, Gesundheit und politische Partizipation wollen wir städtische Programme zur Erwachsenenbildung starten und dabei lokale Verbände, Organisationen, Initiativen und die VHS miteinbeziehen.
 - Die Belange von Familien werden gestärkt - die Stadt wird kindergerecht.
 - Senkung der Gebühren für Kindertagesstätten
 - Familienzentren und Beratungsangebote stärken, ausbauen und zugänglicher machen (z.B. durch die Ausweitung des Köln-Passes)
 - mehr attraktive und grüne Begegnungsräume im Freien: Springbrunnen als Kinderspielplätze bauen und nutzen (bsp. Ebertplatz), öffentliche Plätze schöner und naturnaher gestalten (siehe auch Vision 9)
 - Jugendeinrichtungen und -zentren über die ganze Stadt verteilt anbieten
 - mehr Freizeitmöglichkeiten - z.B. durch ein bis zwei weitere, naturnah gestaltete Freibäder, und bessere Spielplätze
 - mehr Sicherheit für Kinder auf dem Fahrrad (siehe auch Vision 3)
 - mehr Spielstraßen, z.B. durch die Einrichtung temporärer Spielstraßen an den Wochenenden (siehe auch Vision 3)

Nachhaltige Stadtentwicklung zum Wohle aller

Vision

Wir setzen eine fortschrittliche Stadtentwicklung um: autofrei, nachhaltig, sozial, grün und eine Stadt der kurzen Wege. Dazu gehört mehr öffentlich geförderter Wohnungsbau, grundsätzlich autofreie Neubauprojekte mit Quartiersgaragen statt Tiefgaragen, das Vergeben von Bauflächen nach Gemeinwohlkriterien und nicht nach dem höchsten Gebot. Fassaden- und Dachbegrünung sowie Photovoltaik auf allen Neubauten verpflichtend.

Aktuelle Problematik

- Es gibt zu wenig bezahlbaren Wohnraum und zu wenig sozio-kulturell durchmischte Nachbarschaften.
- Die Bauwirtschaft ist Klimakiller und einer der größten Verursacher von schlecht verwertbaren Müll.
- Die Stadt plant an den Bedürfnissen der Bürger*innen vorbei und hat die "große Transformation" der Stadt nicht im Blick.

Ziele und Maßnahmen

- Wir schaffen mehr bezahlbaren Wohnungsraum in Köln.
 - konsequente Ahndung der Zweckentfremdung von Wohnraum
 - Sozialbindung muss entfristet werden
 - sozial geförderten Wohnungsbau möglichst in allen Vierteln ansiedeln
 - sozialen Wohnungsbau gezielt fördern
 - Grundstücke bevorzugt an Investoren vergeben, die öffentlich geförderten Wohnraum bauen wollen
 - Baudezernat stärken, um die teils sehr lange Zeit von Bauantrag bis Baugenehmigung zu verkürzen
 - verbindliche Sozialbau-Bindungsquote in jedem Neubauprojekt, insbesondere für Investoren
 - alternative Wohnkonzepte fördern
 - "Kooperatives Baulandmodell" fortführen
- Die Bodenpolitik wird nicht mehr dem höchsten Gebot folgen: Die Vergabe von Grundstücken soll sich am am Gemeinwohl orientieren.
 - kein Verkauf städtischer Flächen - stattdessen kommunales Vorkaufsrecht stärken und nutzen, Vergabe ausschließlich über Erbbaurecht
 - Vergabe des Erbbaurechtes nicht an den höchstbietenden Investor,

- sondern an das beste Konzept, gemessen an Gemeinwohlkriterien (z.B. vorrangig an Akteure, die sozialen Wohnungsbau umsetzen)
- Der Erbbauvertrag muss ökologische Anforderungen an das Bauprojekt festschreiben (langlebig, nachhaltige Baustoffe, Passivbauweise etc.).
 - gesellschaftliche Durchmischung in den Quartieren
 - Milieuschutz ausweiten
 - öffentlich geförderten Wohnraum in allen Quartieren unterstützen
 - Bürger*innen über Bauvorhaben informieren und ihre Einfluss- bzw. Teilhabemöglichkeiten erleichtern
- Wir etablieren eine klimagerechte Stadtentwicklung und bereiten Köln so auf die nahende Klimakrise vor.
 - Jede Maßnahme muss auf Klimaaspekte geprüft und ggf. angepasst werden (z.B. kompetent durch einen Klimabeirat).
 - Klimaschutzmaßnahmen nicht dem Denkmalschutz unterordnen
 - Einfluss nehmen über kommunalen Bebauungsplan = Auflagen der Kommune zur möglichen Bebauung eines Grundstückes - darin können enthalten sein: Bauweise, Farben, Materialien, Haustypen, zulässige Flächenversiegelung, Stockwerke/Höhe des zu errichtenden Bauwerks, Art der Wärmeerzeugung: z.B. Verbot fossiler Energie
 - Netto-Null-Versiegelung = bei neu entsehender Versiegelung von Flächen muss eine gleich große Fläche entsiegelt werden
 - Möglichkeiten der Verdichtung konsequent nutzen:
 - Flächensparsamkeit bei Neubauprojekten
 - Nachverdichtung bestehender Gebiete, z.B. durch Aufstocken von Supermärkten, Gewerbebetrieben, Schließen von Baulücken, Dachausbau, Überbauung von Straßen
 - Entsiegelung, wo immer sie möglich ist: z.B. bei Parkplätzen, Parkstreifen, Schulhöfen, öffentlichen Plätzen, etc.
 - energetische Bestandssanierung fördern, um die Sanierungsrate deutlich anzuheben

- Stellplatzverordnung streichen - sie wird überflüssig
- Erhaltung und Verbesserung des lokalen Klimas ("Mikroklima"):
Frischluftversorgung, Temperaturabsenkung und verbesserte Regenwasseraufnahme
 - Stadtbäume pflanzen, Baumscheiben entsiegeln
 - Frischluftschneisen (Grüngürtel) kategorisch vor Bebauung schützen
 - Schottergärten verbieten
 - unter versiegelten Flächen künftig Regenwasser-Reservoir einplanen: zur Bewässerung der Stadtbäume und als Auffangbecken gegen Überflutungen
 - Plätze multifunktional umbauen und erweitern - ein Spielplatz kann gleichzeitig Regenwasserreservoir und Wasserspielplatz sein
 - verpflichtende Dach- und Fassadenbegrünung auf städtischen Gebäuden und Neubauten - falls nicht möglich: helle Anstriche, um Aufheizen zu vermeiden
- Neubaugebiete:
 - fußgänger- und radverkehrsfreundlich, grundsätzlich autofrei, gute Anbindung an ÖPNV
 - Mikroklima mitdenken: öffentliche Grün- & Wasserflächen und Beschattung einplanen
 - Stadt der kurzen Wege: Leben und Arbeiten muss möglich sein - Gewerbe und Kultur mitdenken!
 - Wohnfläche pro Kopf nach Möglichkeit verringern, z.B. durch Nachbarschaftsgästehäuser, um Gästezimmer zu sparen
 - Regenwasserauffangzisternen als Gebrauchswasserspeicher bei Neubauten
- Klimagerechtes Bauen
 - Holz als Baumaterial fördern - vor allem gegenüber Beton (enorme CO₂-Schädlichkeit)

- Transportökologie beachten: Herkunft der Baustoffe
- mindestens Passivhausstandard = Jahresheizwärmebedarf maximal 15kWh/(m²a), Energieverluste so weit wie möglich verringern); nach Möglichkeit Aktivhaus = positive Energiebilanz, überschüssige Energie aus z.B. Photovoltaik wird ins Stromnetz gespeist
- städtische Gebäude
 - Photovoltaikpflicht für alle Dächer städtischer Gebäude
 - verpflichtende Dachbegrünung und/oder Fassadenbegrünung
- Privatbauten/Industriebauten:
 - Anreize setzen, gezielte Ansprache von Eigentümern, Beratungsangebote und Vorschläge zur Umsetzung von Photovoltaik, Dach- und Fassadenbegrünung (z.B. Fortführen und Ausweiten des Programmes "GRÜN hoch 3")